

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **BMB/004/2010**

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des  
Beirates für Menschen mit Behinderung der Stadt  
Rheine  
am 29.11.2010**

Die heutige Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderung der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im AWO-Wohnhaus, Dörenther Str. 2/Ecke Windmühlenstraße.

### **Anwesend als**

#### **Vorsitzender:**

Herr Heinrich Thalmann

#### **Mitglieder:**

Frau Claudia Hilbig

Herr Claus Meier

Frau Barbara Paus

Herr Hermann-Josef Wellen

Herr Wilfried Wewer

#### **Vertreter:**

Frau Annette Roes

Frau Heike Barnes

Herr Rüdiger Verlage

Herr Alfred Wolters

Frau Heidemarie Scheske

Herr Frank Lepach

#### **Verwaltung:**

Frau Angelika Hake

Fachbereich Jugend,  
Familie und Soziales

**Gäste:**

|                          |                                     |
|--------------------------|-------------------------------------|
| Frau Jutta Holthaus      | AWO-Wohnstätte Rheine (Gastgeberin) |
| Herr Hans Gerd Hüsken    | Mitglied des Seniorenbeirates       |
| Herr Matthias Sündermann | Gebärdendolmetscher                 |

**Entschuldigt fehlen:**

**Mitglieder:**

Herr Ludger Albers  
Frau Marion Löchte

**Öffentlicher Teil:**

**1. Vorstellung des AWO-Wohnhauses und der Dienste im Haus, eingeladen hat Frau Jutta Holthaus, Leiterin der AWO-Wohnstätte Surenburgstraße**

Frau Holthaus stellt die integrative Hausgemeinschaft vor.

- Die Entwicklung des Projektes entstand 2008 aus den Wohnangeboten/Bedarfen der AWO. Sie betont das „Aufweichen der Wohnstrukturen“ und erklärt das Konzept des Hauses:
  - Menschen mit und ohne Unterstützungsbedarf leben in einer Hausgemeinschaft.
  - Alle Bewohner/-innen haben einen eigenen Mietvertrag.
  - Es gibt einen multifunktionalen Gemeinschaftsraum, der für eigene Aktivitäten, aber auch gemeinsame Aktivitäten genutzt werden kann.
  - Seit dem 1. August 2010 können die Wohnungen angemietet werden (ein Wohnberechtigungsschein ist dafür erforderlich).
  - Die Wohnungen sind nicht öffentlich ausgeschrieben worden, sondern die Personen mussten sich bewerben.
  - Das Anmieten der Wohnungen ist nicht mit einem Betreuungspaket/ambulant Betreutes Wohnen verbunden.
  - Zurzeit gibt es durchweg positive Rückmeldungen der Mieter(innen).
- Aufgrund der aufkommenden Fragen macht Herr Weber den Vorschlag, das ambulant Betreute Wohnen in einer der nächsten Sitzungen des Beirates vorzustellen.
- Auf Anfrage der Beiratsmitglieder bei den Mietern/Mieterinnen werden einige Wohnungen besichtigt und mit den Mietern/Mieterinnen über das neue Wohnen gesprochen.
- Der Beirat bedankt sich bei Frau Holthaus für die Einladung und für das informative Gespräch in dem neuen Wohnhaus.

## **2. Niederschrift Nr. 3 vom 20. September 2010**

Die Niederschrift wird genehmigt.

## **3. Bericht und Information der Verwaltung**

Frau Hake berichtet:

- dass die Übergangsfrist für den EU-einheitlichen Parkausweis für schwerbehinderte Menschen zum 31. Dezember 2010 enden wird, Erlass vom 28. November 2000 - VIB 3-78-12/6 –

Es werden inzwischen auch nur noch diese EU-einheitlichen Parkausweise ausgegeben. Allerdings existieren immer noch bis zur jetzigen Befristung Ende 2010 Parkausweise nach altem Muster, die nach dem Termin ihre Gültigkeit verlieren.

Des Weiteren berichtet Frau Hake über den Landesbehindertenrat (Sitzung am 25. November 2010/Düsseldorf) und den Landesbehindertenbeauftragten Norbert Killewald, der fordert, das Menschenrecht der Teilhabe für Menschen mit Behinderungen jetzt umsetzen zu wollen. In der konstituierenden Sitzung des neuen Landesbehindertenrates hat er den Aktionsplan der Nordrhein-Westfälischen Landesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention vorgestellt. Er betonte, dass in diesem Plan klare erreichbare Ziele stehen müssen, die in einem definierten Zeitrahmen umgesetzt werden können. Der Koalitionsvertrag sagt „Inklusion“ zu und so, Herr Killewald, werde er mit dafür Sorge tragen, dass dieses Versprechen auch eingelöst wird.

## **4. Arbeitsgespräch mit der Firma Mersch (ÖPNV-StadtBus) und der Verkehrsgesellschaft der Stadt Rheine**

Herr Thalmann berichtet:

- dass es in dem Gespräch zunächst um einen Antrag auf Bordsteinabsenkung im Bereich Matthiasstraße/Zufahrt Tiefgarage Rathauszentrum ging (Volksbank/Stadtbibliothek). Der BMB hat sich gegen eine Absenkung aufseiten der Matthiasstraße ausgesprochen, da sich an dieser Stelle für behinderte Menschen ein hohes Unfallpotential aufgrund des StadtBusverkehrs ergeben würde. Dieser Einwand und auch der Einwand der Firma Mersch werden an den Beirat Verkehr weitergegeben, der über die unterschiedlichen Aspekte einer Bordsteinabsenkung sprechen und danach entscheiden wird.
- In dem Gespräch beklagt sich die Firma Mersch über die Mitnahme von besonders großen und schweren Elektrorollstühlen. Der hierzu einberufene Runde Tisch hat zum Ergebnis, dass die Beförderungsbedingungen für E-Rollstühle berücksichtigt werden müssen unter der Bedingung, dass es E-Rollstühle mit der ISO-Norm 7139 sind. Alle anderen Rollstühle, die der Norm nicht entsprechen, müssen die allgemeine Behindertenbeförderung, z. B. Malteser-Hilfsdienst oder ein Behindertentaxi nutzen.

Herr Thalmann berichtet von einem Fall, wo ein E-Rollstuhlfahrer sich die Mitnahme durch die Polizei erzwingen wollte.

Frau Hake ergänzt, dass die Busfahrer(innen) firmenintern geschult werden sollen. Es sollen auch Überlegungen stattfinden, ggf. auch eine entsprechende Beschwerdekarte mit der Telefonnummer einzuführen, um ein geregeltes Beschwerdemanagement beim StadtBus zu etablieren. Des Weiteren ergänzt sie, dass noch 3 Bushaltestellen in Rheine nicht barrierefrei aus verschiedensten Gründen umgerüstet werden konnten. Im Anschluss daran findet eine rege Diskussion bezüglich der Kennzeichnung der Behindertensitzplätze in den neuen StadtBussen, zum Teil fehlende Kennzeichnung, statt. Frau Hake wird Kontakt zu den Verkehrsbetrieben aufnehmen und diesen Aspekt kommunizieren. Weitere Probleme sind: fehlende Behindertenparkplätze im Klostergarten und Kassenautomaten in Hoch- und Tiefgaragen, die nicht barrierefrei sind.

Herr Zunker hat die Anregung gerne aufgenommen und spricht dieses bei den privaten Investoren an und wird sich dann melden.

**5. EmsRadweg/Planungsgespräch mit dem Pressereferat der Stadt Rheine, Mitarbeitern aus dem Tiefbaubereich und der Interessengemeinschaft EmsRadweg/Hövelhof  
Weitere Teilnehmer: Herr Thalmann, Herr Meier und Frau Hake sowie eine Praktikantin im Pressereferat**

- Herr Weber und das Regionalbüro Höfelhof hatten den Beirat gebeten zu prüfen, ob der Radweg incl. Rastplätze barrierefrei ist.

Herr Thalmann, Herr Meier und Frau Hake sind die Strecken abgefahren. Hierbei ist besonders die Soldatenbrücke (Spitzkehre/Steigung) negativ aufgefallen und vielleicht für Hand-Biker nicht unbedingt nutzbar. Dieses soll im Sommer 2011 geklärt werden. Es ist vorgesehen, Personen mit entsprechendem Handicap noch einmal den Bereich der Soldatenbrücke in Bezug auf Steigung etc. testen sollen. Ansonsten kann der Beirat für Menschen mit Behinderung auch eine Alternativroute vorschlagen. Als Weiteres wurden über einen Rastplatz, der nicht barrierefrei ist und über Beschilderungen gesprochen. Es ist auch notwendig, dass im Internetzugang auf Behindertentoiletten hingewiesen wird, die entlang des Radweges zur Verfügung stehen. Mit dem Regionalbüro Höfelhof wird weiterhin ein Austausch zur Verbesserung des Emsradweges stattfinden.

**6. Aktivitäten des Beirates**

- Herr Thalmann betont, dass es durch vielleicht auch geplante Einsparungen im sozialen Bereich vermehrt zu Themen und Aufgaben für den Beirat in dieser Legislaturperiode kommen wird.
- Herr Thalmann hat mit der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Menschen mit Behinderung im Kreis Steinfurt einen Brief (29. November 2010) an Herrn Landrat Kubendorff versandt, indem die Vorsitzenden der Beiräte im Kreis auf die Änderung der bestehenden Regelungen für die Frühförderstellen im Kreis Steinfurt eingehen: Unter anderem steht im Brief ... „Mit dieser Neuregelung gefährde die Kreisverwaltung das jetzige barrierefreie und regional gut vernetzte System der bestehenden Frühförderstellen ... Aus Sicht der Beiräte ist nicht nachzuvollziehen, dass auf der einen Seite durch gesetzliche Regelungen

Barrieren im Sinne von Inklusion abgebaut werden sollen und auf der anderen Seite durch einen Landkreis neue Barrieren aufgebaut werden.“

- Frau Hake und Herr Thalmann haben in Siegen an der Fachtagung zum Thema „Umsetzung der UN-Konvention“ teilgenommen. Zu diesem Thema wird noch im Zusammenhang mit der Behindertenhilfe/-planung gesprochen.
- Ein eigener Tagesordnungspunkt „Berichte aus den Ausschüssen“ ist nicht aufgeführt. Aus diesem Grunde wird dieser Punkt „Berichte aus den Ausschüssen“ unter TOP 6 besprochen.
- Frau Paus berichtet aus dem Sozialausschuss:
  - Aufgrund der Haushaltssperre sollen Einsparungen bei städtischen Jugendeinrichtungen gemacht werden.
- Herr Wewer berichtet aus dem Stadtentwicklungsausschuss:
  - zur Neuen Mitte Dorenkamp als Musterbeispiel einer sozialen Stadt, neue Parkplatzanlage Lindenstraße-West
  - Das Areal am Kannegießerhaus kann nicht behindertenfreundlich umgestaltet werden, Rahmenplan Im Coesfeld wird noch einmal überprüft. Es gibt einen neuen Bebauungsplan für den Bereich Osnabrücker Straße/Antoniusstraße.
- Herr Wellen ergänzt, dass die Eckener Straße vor dem Altenheim St. Josefhaus in eine Tempozone 30 umgestaltet worden ist.
- Herr Meier berichtet aus dem Bauausschuss:

Bodenindikatoren bei der Druckampel Osnabrücker Straße/Antoniusstraße liegen bereits, die Gehzeit ist jedoch noch zu kurz bemessen. Die Prüfung der Ampeldrücker ist auf das Frühjahr verschoben worden.

- Frau Hake berichtet über die Ergebnisse und Anfragen aus der letzten Sitzung: Handlauf Tiefgarage am Rathaus und Aufgang Scholhölter. Es besteht ein Bestandsschutz, sodass nicht noch ein zusätzlicher Handlauf angebracht werden muss. Es ist Sache der Teileigentümer, das Geld für einen zusätzlichen Handlauf zur Verfügung zu stellen. Die Information ist dann auch an Herrn Grimberg, Gebäudemanagement, weitergeleitet worden. Die Schreiben von Herrn Wellen bezüglich der Bordsteinabsenkung Wasserstraße/Schumannstraße und vor der Elisabethkirche und Stadtparkasse sind ebenfalls weitergeleitet worden bzw. auch die Information zum Ausfall der Aufzugsanlage in dem Josef-Winckler-Zentrum.

## **7. Informationen, Anregungen, Termine**

Die Beiratstermine für 2011 werden wie folgt vorbehaltlich festgelegt auf den:

- 31. Januar 2011,
- 28. März 2011,
- 27. Juni 2011,

- 12. September 2011 und
- 7. November 2011.

**8. Verschiedenes**

entfällt

gez. Heinz Thalmann

Beiratsvorsitzender

Claudia Hilbig  
Schriftführerin